



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/83 - 9. April 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Bonn und die atomare Rüstung	S. 1
Unruhiges Chile	S. 3
Bundesbeitrag für die Dreifaltigkeitskirche in Worms	S. 4
Was der "Atomstab" zutage brachte	S. 6
Um den zukünftigen Kurs des BHE	S. 8

"Noch nicht"

GR. Die Diskussion über die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen hat in allen Kreisen der Bevölkerung eine tiefe Schockwirkung ausgelöst. Das wissen auch die Wahlstrategen der CDU. Ob "taktische" oder "richtige" Atomwaffen und Atommunition in Westdeutschland gelagert oder eingesetzt werden, das macht für den berühmten Mann von der Strasse keinen grossen Unterschied aus. Er beginnt mit Entsetzen zu begreifen, dass jetzt auch die Bundesrepublik in den Strudel des atomaren Wett-rüstens der Weltmächte hineingezogen wird und fragt sich, ob denn das alles unbedingt notwendig ist.

Sofort verabreicht Bonn die Beruhigungspille. Der Herr Verteidigungsminister höchst persönlich stellt sich der Presse und verkündet, dass es "noch längst nicht so weit" sei. In diesem Jahr und aller Wahrscheinlichkeit nach auch im nächsten Jahr würde die Bundeswehr keine Atomwaffen bekommen. Welche Absichten die jetzige Bundesregierung für später hat, das liess der Herr Strauss im ähnungsvollen Dunkel.

Der aufgeschauchte Bundesbürger darf sich also wieder beruhigen. Er kann unbesorgt seinem Tagewerk nachgehen, die Herren in Bonn sind ja gar nicht so atomstüchtig, wie es die böse Opposition immer behauptet.

Die jetzt wieder verabreichte Beruhigungspille wäre aber wirkungs-voller, wenn man sie nicht schon so oft dem Patienten Bundesbürger - 2 -

gegeben hätte.

Wie war doch die Sache mit dem 500 000-Mann-Heer? Unbedingt notwendig sei ein solches Monstre -Heer sagte man damals. Erstens verlangten es die westlichen Alliierten von uns und zweitens könne die Verteidigung der Bundesrepublik ohne mindestens 500 000 Mann überhaupt nicht organisiert werden.

Als das Volk unruhig wurde, als es sich im Lande zu regen begann, als die Menschen das Grauen vor der Beteiligung am Rüstungswettlauf der Grossen packte und die Erkenntnis des unsinnigen Beginnens der Bonner Regierung unter den anklagenden Argumenten der Opposition immer weiter um sich griff, wurden die Pläne plötzlich "modifiziert".

Der Mann, der diese Pläne zusammen mit seinem Herrn und Meister Adenauer ausgeheckt hatte, Bundesverteidigungsminister Hr. I Theodor Blank, verschwand in der Versenkung. Er war der erste Gefallene der damals noch nicht bestehenden Bundeswehr.

Und dann die Termine! Im Jahre 1954 hiess es, in drei Jahren, d.h. bis Ende 1957 schon, sollte es 500 000 Soldaten geben. Bis "spätestens Herbst 1956" müssten mindestens 100 000 Mann "stehen".

Wieder beunruhigte die hektische Eile das neue Verteidigungsministerium das Volk. Aber siehe da, mit dem Näherücken des Wahltermins und unter dem steigenden Einfluss der Wahlstrategen in der CDU-Führung wurde mit Rücksicht auf den Unwillen des Volkes gegen die überstürzte Aufrüstung schnell eine Beruhigungspille verabreicht.

Einberufungen von Wehrpflichtigen? - Natürlich, aber nur 10 000 Mann zum 1. April. Weitere 10 000 Mann kommen erst nach der Wahl dran.

Nach einer Periode vorsichtiger Andeutungen, undurchsichtiger Planungen und widersprechender Erklärungen sind wir nun mitten in der Diskussion über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Mehr denn je ist das Volk beunruhigt.

Und nun heisst es wieder: Keine Ahnung, es geschieht ja noch nichts...

9. April 1957

Die blutigen Unruhen in Chile

Santiago, Anfang April

In der Hauptstadt Chiles, Santiago, hat es 41 Tote und 120 Verletzte gegeben. Eine Erhöhung der städtischen Verkehrstarife war Anlass zu einer gewaltigen Protestbewegung, in der nicht nur mehr als ein Dutzend städtischer Autobusse umgeworfen, sondern auch Schaufenster eingeschlagen und beraubt wurden. Man versuchte weiter, das Oberste Gericht zu stürmen. Die Polizei, die "Carabineros" konnten sich nicht durchsetzen. Militär wurde eingesetzt, der Belagerungszustand über ganz Chile verhängt.

Nicht nur die letzte Massnahme, sondern auch der Ausgangspunkt der Unruhen zeigen, dass es um mehr geht als um Autobustarife. (Santiago hat vor einigen Jahren die Strassenbahnen durch ein Autobusnetz ersetzt.) Die Parole, mit allen Mitteln die Erhöhung der Tarife zu verhindern, wurde zuerst von der "Vereinigung der Studenten" herausgebracht. Das mag für europäische Ohren kaum glaubhaft klingen. Aber es ist nicht das erste Mal, dass chilenische Revolutionen in der Universität beginnen. Gerade der jetzige Präsident, General Ibanez, wurde bei seiner ersten Präsidentschaft im Jahre 1931 durch einen Studentenputsch entthront und im Jahre 1938 hatte ein nationalsozialistischer Putsch sein Hauptwiderstandszentrum in der Universität. Im Jahre 1931 wurden die putschenden Studenten als Patrioten gefeiert und ihr Verlangen nach Neuwahl des Präsidenten erfüllt. Das Militär schoss nicht auf sie, sondern schloss sich ihrem Verlangen an. Im Jahre 1938 dagegen schoss das Militär mit Feldhaubitzen die Tore der Universität ein und nationalsozialistischen Studenten mussten ihren Traum eines hitlerischen Chile mit dem Leben bezahlen.

Auch diesmal wird das Militär entscheiden. Denn vorausgegangen ist den jetzigen Unruhen eine (in der deutschen Presse kaum beachtete) Neuwahl des Parlamentes. Sie brachte eine Niederlage der Partei des gegenwärtigen Präsidenten Ibanez, aber keine klare neue Mehrheit. Hier liegt der tiefere Grund für die Unruhe und Spannung, die ganz Chile ergriffen hat. Der 1952 verfassungsgemäss in allgemeiner Volkswahl mit grosser Mehrheit gewählte Präsident Ibanez ist über 80 Jahre alt und stellt sich nicht zur Wiederwahl. Aber die Opposition ist zersplittert und hat bisher keinen volkstümlichen Kandidaten für die im Herbst 1958 fällige Präsidentenwahl herausgebracht. Dazu kommt, dass schon

Ibanez mit wechselnden Mehrheiten regiert hat. Jede Partei war mindestens einmal in einem der vielen Kabinette der Präsidentschaft Ibanez vertreten.

Bei den im März stattgefundenen Parlamentswahlen hat die links-liberale, in manchen Wahlkreisen mit den Kommunisten verbundene "Radikale Partei" einen grossen Sieg errungen, ebenso jedoch die "Phalange", eine aus den katholischen Konservativen abgesplitterten christlichsoziale Gruppe. Zwischen ihnen ist eine Koalition undenkbar. Eine solche zwischen Radikalen und Altliberalen, die ebenfalls an Sitzen gewannen, wäre auf eine Splitterpartei angewiesen und würde wegen des absolut antisozialen ^{Charakters} recht unpopulär sein. Unter den beiden Sozialistenparteien hat die radikalere, die von den verbotenen Kommunisten gestützt wurde, sehr viele Sitze verloren, aber nicht zugunsten der anderen, deren Sitzzahl unverändert blieb. Unter diesen Umständen hängt es vom Militär - das gegenwärtig auch die entscheidenden Ministerposten inne hat - ab, ob Chile ordnungsgemässe Präsidentschaftswahlen durchführen wird - und ob überhaupt weiter demokratisch-parlamentarisch regiert werden kann.

* * *

Im Gedenken Martin Luthers

Von H.G.Ritzel, MdB

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat vor kurzem auf meinen Antrag anlässlich der Beratung des Haushaltsplans des Bundesministeriums des Innern für die Fertigstellung der Dreifaltigkeitskirche in Worms den Betrag von 100.000.-- DM bewilligt. Es ist also anzunehmen, dass der Bundestag diesem Ansatz im Etat 1957 zustimmen wird.

Als Antragsteller habe ich mich vor der Überlegung leiten lassen, dass es sich bei der Dreifaltigkeits-Reformationskirche zu Worms nicht um eine lokal wichtige Kirche, sondern um die Gedächtniskirche der Reformation handelt. Die Dreifaltigkeits-Kirche ist in Erinnerung an den Reichstag in Worms das Gemeingut aller evangelischen Christen.

Einer der grössten Reichstage, die die deutsche Geschichte überhaupt kennt, wurde zum Wendepunkt der evangelischen Glaubensentwicklung. Der Reichstag begann im November 1520 und endete gegen Schluss des Jahres 1521. Dr. Martin Luther weilte vom 16. April bis zum 26. April 1521 in der Stadt Worms. Am 17. April 1521 erschien er zum ersten Mal vor dem Kaiser und vor dem Klerus. Man forderte ihn auf, seine Thesen zu wider-

rufen. Luther erbat sich eine Bedenkzeit von 24 Stunden. Am 18. April abends 18 Uhr erschien Luther zum zweiten Mal vor dem Reichstag. Nach zweistündiger Wartezeit wurde er vorgelassen und nun musste er sich entscheiden, ob er die vorliegenden Schriften und seine Lehre widerrufen wolle oder auf ihnen beharre. In deutscher und lateinischer Sprache lehnte Luther einen Widerruf ab.

Seine Worte sind uns erhalten geblieben; sie lauteten:

"Weil denn Eure allergnädigste Majestät und fürstliche Gnaden eine einfache Antwort verlangen, will ich sie ohne Spitzfindigkeiten und unverfänglich erteilen, nämlich so: Wenn ich nicht mit Zeugnissen der Schrift oder mit offenbaren Vernunftgründen besiegt werde, so bleibe ich von der Schriftstellen besiegt, die ich angeführt habe und mein Gewissen bleibt gefangen in Gottes Wort. Denn ich glaube weder dem Papst noch den Konzilien allein, weil es offenkundig ist, dass sie öfters geirrt und sich selbst widersprochen haben. Widerrufen kann und will ich nichts, weil es weder sicher noch geraten ist, etwas gegen sein Gewissen zu tun. Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen."

Worms wurde trotz Druck und Drohung alsbald nach Beendigung des Reichstages reformiert. Nach der Zerstörung der Stadt Worms baute der lutherische Magistrat von Worms Ende des 17. Jahrhunderts die Dreifaltigkeitskirche wieder auf. Erst 1733 konnte der letzte Teil errichtet werden. Die Kirche galt dem Gedächtnis des grossen Reichstages und zur Erinnerung an die Verpflichtung der Reformation. Im zweiten Weltkrieg wurde die Dreifaltigkeitskirche erneut vernichtet. Opferwillige evangelische Christen aus der Bundesrepublik und aus dem Ausland, vor allen aus Amerika, haben Spenden und Zuschüsse gesammelt, im ganzen mehr als eine halbe Million D-Mark. Die Sammlung, ist noch nicht beendet, noch immer fehlen erhebliche Mittel, bis die Dreifaltigkeitskirche, dieses Andenken an Luthers grosse Tat, wieder zum Sammelpunkt der evangelischen Christen der Welt werden kann.

* *

9. April 1957

Was der "Atomstab" zutage brachte

- dt Hannover

Der Atomstab militärischen Ursprungs, der "zwischen dem 26. und 28. März" in der Lüneburger Heide "verlorengegangen", hat sich bis heute noch nicht eingefunden. Da die englischen Dienststellen weiterhin über die näheren Umstände schweigen, unter denen ein so gefährlicher Gegenstand abhandeln können kann und die amtlichen Darstellungen: "vermutlich von einem Militärlastwagen gefallen", äusserst unglaubwürdig erscheinen, hat sich der Eindruck verstärkt, dass der Stab auf dunklen Wegen in die Sowjetzone abgewandert ist. Ein hoher englischer Offizier in Celle, befragt, ob mit dem Verschwinden deutsche Personen verquickt sein könnten, meint verlegen: "Da wir nicht wissen, wo er ist, können wir auch dazu nichts sagen".

Die letzte englische Äusserung dazu ist eine Verlautbarung des Armee-Hauptquartiers. Es ist ein lesenswertes Dokument. "Das verschwundene Objekt" (das ist die einzige Andeutung über den Verlust des Atomstabs) dient demnach zur Ausbildung von Soldaten in der Handhabung von Geigerzählern. "Bei Anwendung der nötigen Vorsicht", so heisst es weiter, "ist der Gegenstand harmlos" - (das pflegt auch bei Dynamit so zu sein); "wenn es aber aufgenommen und von einer Person in der Tasche getragen wird, kann er mit der Zeit schädigende Wirkungen auslösen..." Das freilich steht dem verlorengegangenen Stab nicht ins "Gesicht" geschrieben.

Es muss zugegeben werden, dass vieles getan wurde, die Bevölkerung zu warnen, als die Sache entdeckt wurde. Ob man es sofort getan hat, lässt die vage Formulierung über das Datum des Verlustes - "zwischen dem 26. und 28. März" bezweifeln. Jetzt stellt sich aber heraus, dass weder die niedersächsische Polizei (vermutlich also auch die Polizei anderer Bundesländer), noch die Bundeswehr über Geigerzähler verfügt, mit denen allein man das Suchen nach solchen Gegenständen einigermaßen "entgiften", zumindest aber erfolgversprechend gestalten könnte. Der Schutz der deutschen Bevölkerung vor atomarischen Unvorsichtigkeiten der englischen Truppen liegt also einzig allein in den Händen der Engländer; ein unerträglicher Gedanke, liest man die schlichten Formulierungen des Kommuniqués, mit denen die Gefährlichkeit des Atomstabs verdeckt wurde.

Hier offenbart sich auf der Seite der deutschen Behörden die

gleiche Sorglosigkeit, mit der bisher der Strahlenschutz, der Luftschutz und der Schutz vor anderen, unter Umständen todbringenden Begleiterscheinungen des Atomzeitalters behandelt werden. Schon die Aufklärung über all diese Dinge wäre Pflicht einer um das Wohl ihrer Bürger besorgten Staatsführung. Damit aber lag es bisher im argen und es ist daher kein Wunder, dass der vor einigen Monaten ins Leben gerufene "Kampfbund gegen Atomschäden", Sitz Detmold, bereits wenige Monate nach seiner Gründung rund 250.000 Mitglieder im ganzen Bundesgebiet zählt. Selbst Dr. Manstein, der Gründer des Kampfbundes, im lippischen Land weithin bekannt als Chefarzt des Landeskrankenhauses von Detmold, hatte nicht an diesen durchschlagenden Erfolg gedacht, als er im Juni 1956 mit einigen Freunden den Verband ins Leben rief. Den Vorsitz des Kampfbundes hat der ehemalige Oberstaatsanwalt von Detmold, Dr. Tornau; Dr. Manstein widmet sich gemeinsam mit Prof. Bechert, Mainz, und Dr. Katz, einem praktischen Arzt in Iserlohn, der eine Ärztegemeinschaft zur Ächtung des Atomkrieges gegründet hat, dem wissenschaftlichen Kampf um die Ziele des Verbandes.

Dr. Manstein weiss, dass der technische Fortschritt nicht aufzuhalten ist. Was ihn aber immer wieder zwingt, in Versammlungen im Bundesgebiet "das öffentliche Gewissen wachzurufen", ist die seiner Ansicht nach einseitige Orientierung der Wissenschaft, die nur nach neuen Energiequellen forsche, Fragen des Strahlenschutzes aber vernachlässige. Zur Bestätigung führt Dr. Manstein an, dass im ersten Atometat der Bundesrepublik bei einer Startsumme von 42 Mill. DM nur 425.000 DM, also ein Zehntel, für Arbeiten an Schutzmassnahmen eingesetzt wurde.

Es konnte nicht ausbleiben, dass ein Mann, der solche Versäumnisse der Staatsführung blosslegt, politischen Diffamierungen ausgesetzt wird. Dr. Manstein, der vor einiger Zeit seine Funktion als Kreisvorsitzender der FDP niedergelegt hat, um vom Kampfbund alle Parteipolitik fernzuhalten, geht darüber mit einem bitteren Lächeln hinweg. Gegen eine tatsächliche Unterwanderung hat sich der Verband in den Satzungen wirksam gesichert. Dennoch wird der Kampfbund schon in der nächsten Zeit in die Politik eingreifen: sämtliche Parteien, die in den neuen Bundestag einziehen wollen, werden öffentlich ge-

fragt werden, wie sie sich zum Schutz der Bevölkerung vor Atomgefahren stellen, ebenso zur Fortsetzung der militärischen Atomversuche. Denn die Bevölkerung soll, ehe sie zu den Wahlen geht, wissen, wem sie sich gegen Gefahren anvertrauen kann, die bis heute bagatellisiert wurden, wie nicht zuletzt der "in der Heide verlorengegangene Atomstab" gezeigt hat.

* * *

BHE mit "bürgerlich-freiheitlicher Neigung"

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Gegen Ende dieser Woche wird der Bundesausschuss des BHE zusammentreten, nachdem die grössten Landesverbände ihre Parteitage hinter sich gebracht haben. Es ist anzunehmen, dass dabei die regionalen Standpunkte über den künftigen Kurs des BHE geklärt werden. Der Bundesausschuss wird sie nun auf einen Nenner bringen müssen.

Eine Analyse der Erklärungen auf dem Parteitag des niedersächsischen BHE in Oldenburg lässt den Schluss zu, dass im Schoosse dieses wahrscheinlich grössten Landesverbandes die Entscheidung bereits gefallen ist. Die Richtung zeigte der wiedergewählte Landesvorsitzende, Minister Ahrens, der, ohne auf Widerstand zu stossen, sagte: "Wir neigen in unserer ganzen Auffassung der bürgerlich-freiheitlichen Ordnung zu". Vergessen ist, was im Juni 1956 auf dem Parteitag in Fulda unter dem Eindruck des vorausgegangenen KO-Krachs (Kraft-Oberländer) über die unzulängliche Wiedervereinigungs- und die Ostpolitik der CDU gesagt worden war, Ahrens erklärte nur, dass der BHE vor allem mit der Vertriebenenpolitik Bonn unzufrieden sei. Das werde aber anders, "wenn wir an der Bundesregierung beteiligt werden sollten." Noch sicherer gebärdete sich der Bundesvorsitzende von Kessel, dem nachgesagt wird, dass er berechtigte Aussichten habe, Bundeslandwirtschaftsminister zu werden. Ihm kann man freilich nicht den Vorwurf der Wankelmütigkeit machen; der ehemalige schlesische Grossgrundbesitzer folgt einer "bürgerlich-freiheitlichen Neigung" konsequent, seit er dazu beigetragen hat, eine abermalige Regierung Kopf in Niedersachsen zu verhindern. Und auch in Fulda hat er sich diesen Weg, der allgemeinen Parteitagstimmung zum Trotz, durch geschickte Erklärungen offen gelassen.

Auf einem anderen Blatt steht freilich, ob die bisherigen Wähler

9. April 1957

diesem Kurs der Funktionäre folgen werden. Nachdem der Kanzler seinerzeit den BHE durch Araft und Oberländer gespalten hatte, zeigten die nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen, dass der als Reaktion geübte Anti-CDU-Kurs bei den Stammwählern des BHE gut ankam, der KO-Schlag war daneben gegangen. Jetzt wird man denselben Wählern das Gegenteil sagen müssen.

Auf diese Gelegenheit haben im Hintergrund zwei Parteien gewartet, die sich ebenfalls an den Bundestagswahlen beteiligen wollen: Die DRP und Haussleiters Deutsche Gemeinschaft. Zwar verbrämt der BHE seine "bürgerlich-freiheitliche Neigung" mit einer Verstärkung der nationalistischen Phrasen ("Wir Amtsträger", sagte Landesgeschäftsführer Schneider, "haben die Aufgabe, das deutsche Volk umzuerziehen"), aber die BHE-Politiker geben sich dabei einem Trugschluss hin, den sie schon bei der SRP erlitten: so radikal wie die DRP und DG können die ehemaligen "Amtsträger" des BHE nicht auftreten, denn diese wollen ja, wie zugegeben, in der bürgerlichen Regierung mitmachen, jene nicht. Der künftige Satellit hat es in diesem Fall schwerer als der künftige Opponent.

August Haussleiter hat auf dem gleichzeitig in Göttingen stattgefundenen DG-Parteitag eine Kostprobe davon gegeben, wie er auftreten kann und er hat nicht vergessen hinzuzufügen, dass die Heimatvertriebenen, die ihn verließen, als der BHE sich etablierte, heute enttäuscht und angeblich in Scharen zu ihm zurückkommen. Die CDU kann vielleicht, wie es dem Vernehmen nach geplant ist, dem BHE in Niedersachsen zwei und in Schleswig-Holstein ein Direktmandat auf dem Papier garantieren; die Sicherheit, dass damit auch die Wähler einverstanden sind, kann niemand geben. Aber selbst wenn die drei Direktmandate mit Hilfe von CDU und DP durchkommen, kann die Landesliste noch böse Überraschungen bringen, denn was Kessel, Ahrens und Genossen ihrer Anhänger zwischen Fulda und der Bundestagswahl zumuten, dürfte auch mit der Kriegserklärung gegen "Verzichtspolitik" - der Wahlschlager des BHE - nicht zu kaschieren sein. Kessel hat daher bereits mit der Umerziehung des deutschen Volkes begonnen, er hat seinen Zungenschlag auf die einheimische Bauernschaft umgestellt.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel